

Initiativantrag des Synodalen Hans-Peter Bruckhoff
angesichts der aktuellen Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland

Die Kreissynode Aachen nimmt die Rede von Vizekanzler Robert Habeck am 02.11. 2023 dankbar zur Kenntnis, weil sie Klärung schafft und Orientierung gibt in der aktuellen Situation der Anfeindung jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland. (Anlage 1, s.u.)

Angesichts wachsender antisemitischer Äußerungen, Demonstrationen, Taten und Gewaltandrohungen in unserem Land nimmt die Synode bestürzt eine zunehmende Verunsicherung und Bedrohung unserer jüdischen Mitbürger*innen wahr.

Die Synode begrüßt, dass der Superintendent sich gemeinsam mit den beiden Synodalbeauftragten für das christlich-jüdische Gespräch an die jüdische Gemeinde in Aachen gewandt hat. (Anlage 2 s.u.)

Die Kreissynode wendet sich an ihre Gemeinden mit der Bitte und dem Aufruf, gerade jetzt allen antisemitischen Stimmungen und Äußerungen entgegen zu treten.

Die Kreissynode dankt allen Engagierten in den Gemeinden, in den Schulen und insgesamt in Kirche und Gesellschaft, die sich jetzt einsetzen für Frieden und Gerechtigkeit in Israel/Palästina und zugleich nach Wegen friedlicher Diskussion und Kommunikation zwischen den verschiedenen Standpunkten und Lagern suchen.

Sie bittet alle Aktiven weiterhin in Gottesdiensten, Veranstaltungen und dem gesamten Gemeindeleben die jüdischen Geschwister und andere angefeindete Minderheiten im Blick zu behalten und für sie einzutreten.

Wir alle sind gefragt im Beten und im Tun des Gerechten nicht wegzuschauen, sondern wach und solidarisch zu bleiben mit den Menschen, die ausgegrenzt und bedroht werden.

Die Kreissynode weiß um die besondere Verbindung zu den jüdischen Geschwistern und erinnert an den letzten Satz des ersten Grundartikels der rheinischen Kirchenordnung:

„Sie (die Kirche) bezeugt die Treue Gottes, der an der Erwählung seines Volkes Israel festhält. Mit Israel hofft sie auf einen neuen Himmel und eine neue Erde.“

Hans-Peter Bruckhoff

Anlage 1 zum Initiativantrag des Synodalen Hans-Peter Bruckhoff

Rede Robert Habeck 02.11.2023

"Der Terrorangriff der Hamas auf Israel ist jetzt bald vier Wochen her. Viel ist seitdem passiert: politisch aber vor allem für die Menschen, so vielen Menschen, deren Leben von Angst und Leid zerfressen wird. Die öffentliche Debatte ist seit dem Angriff aufgeheizt, mitunter verworren. Ich möchte mit diesem Video einen Beitrag dazu leisten, sie zu entwirren.

Habeck: Juden in Deutschland haben Angst

Zu viel scheint mir zu schnell vermischt zu werden. Der Satz 'Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson' war nie eine Leerformel und er darf auch keine werden. Er sagt, dass die Sicherheit Israels für uns als Staat notwendig ist. Dieses besondere Verhältnis zu Israel rührt aus unserer historischen Verantwortung: Es war die Generation meiner Großeltern, die jüdisches Leben in Deutschland und Europa vernichten wollte. Die Gründung Israels war danach, nach dem Holocaust, das Schutzversprechen an die Jüdinnen und Juden – und Deutschland ist verpflichtet, zu helfen, dass dieses Versprechen erfüllt werden kann. Das ist ein historisches Fundament dieser Republik.

Die Verantwortung unserer Geschichte bedeutet genauso, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland frei und sicher leben können. Dass sie nie wieder Angst haben müssen, ihre Religion, ihre Kultur offen zu zeigen. Genau diese Angst aber ist nun zurück.

Ich habe kürzlich Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Frankfurt getroffen. In einem intensiven, in einem schmerzhaften Gespräch erzählten mir die Gemeindevertreterinnen und -vertreter, dass ihre Kinder Angst haben, zur Schule zu gehen, dass sie nicht mehr in Sportvereine gehen, dass sie auf Anraten ihre Eltern die Kette mit dem Davidstern zu Hause lassen. Heute, hier in Deutschland, fast 80 Jahre nach dem Holocaust.

"Kontextualisierung darf hier nicht zur Relativierung führen"

Sie erzählten, dass sie sich selbst nicht mehr trauen, in ein Taxi zu steigen, dass sie Briefe nicht mehr mit Absendern versehen, um ihre Empfänger zu schützen. Heute, hier in Deutschland, fast 80 Jahre nach dem Holocaust.

Und ein jüdischer Freund berichtete mir von seiner Angst, seiner schieren Verzweiflung, seinem Gefühl von Einsamkeit.

Die jüdischen Gemeinden warnen ihre Mitglieder, bestimmte Plätze zu meiden – zu ihrer eigenen Sicherheit. Und das heute, hier in Deutschland fast 80 Jahre nach dem Holocaust.

Der Antisemitismus zeigt sich auf Demonstrationen, er zeigt sich in Äußerung, er zeigt sich in Angriffen auf jüdische Läden, in Drohungen. Während es schnell große Solidaritätswellen gibt, etwa wenn es zu rassistischen Angriffen kommt, ist die Solidarität bei Israel rasch brüchig. Dann heißt es, der Kontext sei schwierig. Kontextualisierung aber darf hier nicht zur Relativierung führen.

Wir haben sicherlich oft zu viel Empörung in unserer Debattenkultur. Aber hier können wir gar nicht empört genug sein. Es braucht jetzt Klarheit und kein Verwischen. Und zur Klarheit gehört: Antisemitismus ist in keiner Gestalt zu tolerieren – in keiner.

Für religiöse Intoleranz ist in Deutschland kein Platz

Das Ausmaß bei den islamistischen Demonstrationen in Berlin und den weiteren Städten Deutschlands ist inakzeptabel und braucht eine harte politische Antwort. Es braucht diese auch von den muslimischen Verbänden. Einige haben sich klar von den Taten der Hamas und vom Antisemitismus distanziert, haben das Gespräch gesucht. Aber nicht alle, und manche zu zögerlich und ich finde, insgesamt zu wenige.

Die hier lebenden Muslime haben Anspruch auf Schutz vor rechtsextremer Gewalt – zurecht. Wenn sie angegriffen werden, muss dieser Anspruch eingelöst werden und das gleiche müssen sie jetzt einlösen, wenn Jüdinnen und Juden angegriffen werden. Sie müssen sich klipp und klar von Antisemitismus distanzieren, um nicht ihren eigenen Anspruch auf Toleranz zu unterlaufen. Für religiöse Intoleranz ist in Deutschland kein Platz. Wer hier lebt, lebt hier nach den Regeln dieses Landes. Und wer hierherkommt, muss wissen, dass das so ist und so auch durchgesetzt werden wird.

Habeck warnt vor "verfestigtem Antisemitismus" in Deutschland

Unsere Verfassung schützt und gibt Rechte, sie legt aber auch Pflichten auf, die von jedem und jeder erfüllt werden müssen. Beides kann man nicht voneinander trennen. Toleranz kann an dieser Stelle keine Intoleranz vertragen. Das ist der Kern unseres Zusammenlebens in dieser Republik.

Das heißt: Das Verbrennen von israelischen Fahnen ist eine Straftat, das Preisen des Terrors der Hamas auch. Wer Deutscher ist, wird sich dafür vor Gericht verantworten müssen, wer kein Deutscher ist, riskiert außerdem seinen Aufenthaltsstatus. Wer noch keinen Aufenthaltstitel hat, liefert einen Grund, abgeschoben zu werden.

Antikolonialismus darf nicht zu Antisemitismus führen.

Der islamistische Antisemitismus darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch in Deutschland einen verfestigten Antisemitismus haben: Nur, dass die Rechtsextremen sich gerade aus rein taktischen Gründen zurückhalten, um gegen Muslime hetzen zu können. Die Relativierung des Zweiten Weltkriegs, des Nazi-Regimes als 'Fliegenschiss' ist nicht nur eine Relativierung des Holocaust, sie ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer und Überlebenden.

Alle, die hinhören, können und müssen das wissen. Der Zweite Weltkrieg war ein Vernichtungskrieg gegen Juden. Für das Naziregime war die Vernichtung des europäischen Judentums das Hauptziel. Und weil unter den rechtsextrem so manche Putin Freunde sind: Putin lässt sich mit Vertretern der Hamas und der iranischen Regierung fotografieren und bedauert die zivilen Opfer im Gazastreifen, während er zivile Opfer in der Ukraine schafft. Seine Freunde in Deutschland, sie sind gewiss keine Freunde der Jüdinnen und Juden.

Sorge macht mir aber auch der Antisemitismus in Teilen der politischen Linken und zwar leider auch bei jungen Aktivistinnen und Aktivisten. Antikolonialismus darf nicht zu Antisemitismus führen. Insofern sollte dieser Teil der politischen Linken seine Argumente überprüfen und der großen Widerstandserzählung misstrauen. Das 'beide Seiten'-Argument führt hier in die Irre. Die Hamas ist eine mordende Terrorgruppe, die für die Auslöschung des Staates Israels und den Tod aller Juden kämpft. Die Klarheit, mit der das wiederum z. B. die deutsche Sektion von Fridays For Future auch in Abgrenzung zu ihren internationalen Freunden konstatiert hat, die wiederum ist mehr als respektabel.

Es war die Hamas, die Kinder, Eltern, Großeltern in ihren Häusern bestialisch ermordet hat.

Als ich kürzlich in der Türkei war, wurde mir vorgehalten, dass in Deutschland propalästinensische Demonstrationen verboten seien. Und dass Deutschland seine humanitären Ansprüche auch auf die Menschen in Gaza übertragen müsse. Ich machte klar, dass bei uns Kritik an Israel natürlich erlaubt ist. Und dass es eben nicht verboten ist, für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser und auch ihr Recht auf einen eigenen Staat einzutreten. Aber der Aufruf zur Gewalt gegen Juden oder das Feiern der Gewalt gegen Juden, die sind verboten – und zwar zurecht!

Ja, das Leben in Gaza ist Leben in Perspektivlosigkeit und Armut. Ja, die Siedlerbewegung in der Westbank schürt Unfrieden und nimmt Palästinensern Hoffnung und Rechte und zunehmend auch Leben. Und das Leid der Zivilbevölkerung jetzt im Krieg ist eine Tatsache, eine fürchterliche Tatsache. Jedes tote Kind ist eines zu viel. Auch ich fordere humanitäre Lieferungen, setze mich dafür ein, dass Wasser, Medikamente, Hilfsgüter nach Gaza kommen, dass die Flüchtlinge geschützt werden.

Habeck: "Die Sicherheit Israels ist unsere Verpflichtung. Deutschland weiß das"

Zusammen mit unseren amerikanischen Freunden machen wir Israel immer wieder deutlich, dass der Schutz der Zivilbevölkerung zentral ist. Der Tod und das Leid, das jetzt über die Menschen im Gazastreifen kommt, sind schlimm. Das zu sagen, ist so notwendig wie legitim. Systematische Gewalt gegen Jüdinnen und Juden aber kann damit dennoch nicht legitimiert werden. Antisemitismus kann damit nicht gerechtfertigt werden. Natürlich muss sich Israel an das Völkerrecht und internationale Standards halten. Aber der Unterschied ist: Wer würde solche Erwartung je an die Hamas formulieren?

Und weil ich kürzlich im Ausland damit konfrontiert wurde, wie der Angriff auf Israel am 7. Oktober als – Zitat – 'unglücklicher Vorfall' verharmlost wurde, ja sogar die Fakten infrage gestellt wurden, noch einmal hier in Erinnerung gerufen: Es war die Hamas, die Kinder, Eltern, Großeltern in ihren Häusern bestialisch ermordet hat. Deren Kämpfer Leichen verstümmelt haben, Menschen entführt und lachend der öffentlichen Demütigung ausgesetzt haben. Es sind Berichte des schieren Horrors – und dennoch wird die Hamas als Freiheitsbewegung gefeiert? Das ist eine Verkehrung der Tatsachen, die wir nicht stehen lassen können.

Und das bringt mich zum letzten Punkt: Der Angriff auf Israel erfolgt in einer Phase der Annäherung mehrerer muslimischer Staaten an Israel. Es gibt die Abraham-Abkommen zwischen Israel und muslimischen Staaten der Region. Jordanien und Israel arbeiten in einem großen Trinkwasserprojekt zusammen. Saudi-Arabien war auf dem Weg, seine Beziehung zu Israel zu normalisieren. Aber ein friedliches Miteinander von Israel und seinen Nachbarn, von Juden und Muslimen, die Perspektive einer Zwei-Staaten-Lösung – all das wollen die Hamas und ihre Unterstützer, insbesondere die iranische Regierung, nicht. Sie wollen es zerstören.

Wer die Hoffnung auf Frieden in der Region nicht aufgegeben hat, wer am Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat und eine wirkliche Perspektive festhält – und das tun wir – der muss jetzt in diesen Wochen der Bewährung differenzieren. Und zur Differenzierung gehört, dass die Mordtaten der Hamas Frieden verhindern wollen. Die Hamas will nicht die Aussöhnung mit Israel, sondern die Auslöschung von Israel. Und deshalb gilt, unverrückbar: Das Existenzrecht Israels darf nicht relativiert werden. Die Sicherheit Israels ist unsere Verpflichtung. Deutschland weiß das."

Kirchenkreis Aachen
Der Superintendent
Pfarrer Hans-Peter Bruckhoff



Kirchenkreis Aachen - Superintendentur – Frère-Roger-Straße 8/10 – 52062 Aachen

An die
Jüdische Gemeinde Aachen
Synagogenplatz 23
52062 Aachen

Ihre Ansprechpartnerin:

Nicole Langerbeins
Kirchenkreis Aachen
Haus der Evangelischen Kirche
Postfach 10 22 53
52022 Aachen
Tel.: 0241/453-118
Fax: 0241/453-5518
superintendentur.aachen@ekir.de
Tgb.Nr.:
Aachen, den 16.10.2023

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Geschwister,

mit großem Entsetzen und Schmerz haben wir in den Gemeinden und Einrichtungen des Evangelischen Kirchenkreises Aachen seit Simchat Tora die Nachrichten über den terroristischen und brutalen Angriff der Hamas der mit ihr verbündeten Gruppierungen auf Israel verfolgt.

So viele Menschen in Israel sind ermordet und verletzt,
so viele Ängste werden wieder wach,
so viele Tränen fließen in die Lobgesänge, die den Ewigen preisen,
so viel Wut mischen sich in das Fest,
das der Freude an seinem Wort dienen soll.

Wir verurteilen die menschenverachtenden Angriffe der Hamas. Sie sind purer Fanatismus und blanker Terror gegen jeden, der in Israel lebt.

Unsere Hoffnung richtet sich darauf, dass es Israel schnell gelingt, die Sicherheit für alle Menschen in Israel wieder herzustellen. Israel darf und muss sich verteidigen. Die entführten Geiseln müssen unverzüglich und unversehrt frei kommen.

Unsere Solidarität und Verbundenheit gilt besonders Ihnen in der Jüdischen Gemeinde Aachen. Sie gilt Israel und dem ganzen jüdischen Volk.

Wir denken an die vielen Menschen in Aachen und der Region, die Angehörige und Freunde in Israel haben.

Unsere Gedanken und Herzen sind bei den Angehörigen und Freunden der vielen Opfer und Verletzten im Heiligen Land, auch bei jenen, die jetzt darunter leiden müssen, was andere rücksichtslos entfesselt haben.

Es sollten jetzt alle Anstrengungen unternommen werden, dass dieser Krieg nicht weiter eskaliert oder sogar zu einem Flächenbrand im Nahen Osten wird. Ohne die Fortsetzung der Bemühungen um einen nachhaltigen Friedensprozess wird es zu keinem dauerhaften Frieden kommen.

So hören wir nicht auf, für Gerechtigkeit und für Schalom, für Frieden, zu beten.

Der Ewige halte seine Hand über alle, die in Angst vor tödlichen Angriffen leben. Er bekräftige seine Verheißung, dass Frieden möglich ist in unserer zerrissenen Welt.

Für den Kirchenkreis Aachen



Hans-Peter Bruckhoff
-Superintendent-



Jens-Peter Bentzin

Gez. Rolf Gündel,
Synodalbeauftragter für das christlich-jüdische Gespräch